

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales
(GGSA/XII-002/2026)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 31.08.2026, 15:04 Uhr bis 16:27 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

- - -

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.	Bericht über die Situation der Geflüchteten im Landkreis
3.	Bericht der Jobcenterleitung
4.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
4.1.	Frauenförder- und Gleichstellungsplan 2026-2031 Vorlage: 0095-2026/DaDi
4.2.	Prüfung der Gründung einer kreiseigenen gemeinnützigen Wohnungs- und Wohnungsbaugesellschaft zur mittel- und langfristigen Sicherung von ausreichendem, preisgünstigem Wohnraum im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Antrag Die Linke Vorlage: 0241-2026/DaDi
4.3.	Hitzestress-Minderungsmaßnahmen im SENIO-Bereich – Antrag Fraktion FDP/FREIE WÄHLER Vorlage: 0252-2026/DaDi
4.3.1.	Hitzestress-Minderungsmaßnahmen im SENIO-Bereich – Änderungsantrag Grüne Vorlage: 0283-2026/DaDi

4.4.	Unsere Schulen müssen Orte der Demokratie bleiben – Antrag Grüne Vorlage: 0248-2026/DaDi
5.	Kenntnisnahmen
5.1.	Quotenabrechnung für das 2. Quartal 2026 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 3. Quartal 2026 Vorlage: 0195-2026/DaDi
5.2.	Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten Vorlage: 0238-2026/DaDi
5.3.	Sachbericht des Pflegestützpunktes für das Jahr 2025 Vorlage: 0266-2026/DaDi
5.4.	Bericht der Fachstelle Wohnbauförderung für das Jahr 2025 Vorlage: 0267-2026/DaDi
6.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der CDU	
Frau Patricia Baltes	
Frau Bürgermeisterin Claudia Lange	
Herr Max Lennart Panhans	
Frau Gabriele Pauker-Buß	
Fraktion der SPD	
Herr Markus Crößmann	Vertreter für Abg. Weber, Matthias
Herr Alghith Mustafa	
Frau Stephanie Roth	
Frau Gabriele Winter	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Ramona Halbrock	Vertreterin für Abg. Quaiser, Jutta
Frau Claudia Schlipf-Traup	
Fraktion der AfD	
Herr Jörg Rinne	
Fraktion der FDP/FREIE WÄHLER	
Frau Helga Weber	bis TOP 4.4 (16:24 Uhr)
Fraktion von Die Linke	
Frau Fraktionsvorsitzende Janina Hilker	
Fraktion von Volt und Tierschutzpartei	
Frau Chantal Wagner	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Christian Grunwald	
Kreisausschuss	
Frau Kreisbeigeordnete Christel Sprößler	
Frau Kreisbeigeordnete Heidrun Buxmann-Hauke	
Herr Kreisbeigeordneter Boris Freund	
Herr Kreisbeigeordneter Wilfried Johann Hajek	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Herr Kreisbeigeordneter Karl-Heinz Prochaska	bis TOP 4.4 (16:24 Uhr)
beratende Mitglieder	
Frau Hannelore Walz-Kirschbaum	Seniorenbeauftragte
Verwaltung	
Frau Nicole Beyer	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Sabine Hahn	
Frau Mareen Hechler	
Frau Gabriele Kühnle	
Herr Matti Merker	
Herr Steffen Petry	
Herr Christian Schwab	

Anwesende
Frau Katrin Vogel

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Bürgermeister Matthias Weber
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
Frau Jutta Quaiser
Fraktion der AfD
Herr Ralf Weidl

Vorsitzende Roth stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Roth** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2 und 5.1 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt.
Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 1. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Steffen Petry.

Protokoll

des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Vorsitzende Roth weist auf den Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten hin. **Frau Hechler** wirbt für den frauenpolitischen Kaminabend am 24. September 2026, ein Informations-, Austauschs- und Vernetzungsangebot zu frauenpolitischen Themen für weibliche Mandatsträgerinnen.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Bericht über die Situation der Geflüchteten im Landkreis**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Sprößler berichtet über die aktuelle Situation der Geflüchteten im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Fragen werden beantwortet.

Weiter berichtet **Kreisbeigeordnete Sprößler**, dass das Regierungspräsidium Darmstadt für das 3. Quartal 2026 prognostiziert hat, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg 24 Personen wöchentlich aufzunehmen hat. Das Regierungspräsidium Darmstadt hatte für das 2. Quartal 2026 die Aufnahme von ebenfalls 24 Personen und für das 1. Quartal 2026 die Aufnahme von 20 Personen prognostiziert. Aktuell liegt die Zahl der wöchentlich aufzunehmenden Personen unterhalb dieser Prognose. In den letzten Wochen wurden 7 bzw. 8 Personen durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg aufgenommen.

Fragen werden beantwortet.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Bericht der Jobcenterleitung**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Sprößler erläutert den Bericht der Leitung des kommunalen Jobcenters SGB II. Sie berichtet zum Unternehmertag in Seeheim-Jugenheim, welcher im Rahmen des Regionalprojektes „Ich lebe und arbeite in Seeheim-Jugenheim“ stattgefunden hat. Fragen werden beantwortet. Unter Hinweis auf Seite 12 des Berichtes, informiert Kreisbeigeordnete Sprößler über die Personaldienstleister-Börse (Zeitarbeit) am 28.08.2026 sowie den EAD-Bewerbertag: Starke Frauen, starke Jobs am 29.08.2026 und verweist auf die 2. Loop5-Messe (Jobmesse) in Weiterstadt am 19.11.2026. Eine dritte Veranstaltung im Loop5 ist im Jahr 2027 bereits vorgesehen.

Kreisbeigeordnete Sprößler und **Herr Gebhardt** berichten unter Bezugnahme auf eine Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit über die Arbeitsmarktsituation im Landkreis Darmstadt-Dieburg im August 2026. Demnach ist die Arbeitslosigkeit zum Vormonat leicht gesunken, liegt jedoch höher als im August 2025. Die Arbeitslosenquote betrug 5,5 Prozent und lag mit 0,1 Prozentpunkten unter dem Vormonatsniveau. Vor einem Jahr lag sie bei 5,3 Prozent.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagssitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 0095-2026/DaDi

Betreff: **Frauenförder- und Gleichstellungsplan 2026-2031**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Jahre 2026 bis 2031 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	☒	einstimmig
Zustimmung (Ja):	☒	
Ablehnung (Nein):	☐	
Enthaltung:	☐	

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
CDU	☐	☐	☐
SPD	☐	☐	☐
Grüne	☐	☐	☐
AfD	☐	☐	☐
FDP/FW	☐	☐	☐
Die Linke	☐	☐	☐
Volt und	☐	☐	☐
Tierschutzpartei			
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 0241-2026/DaDi

Betreff: **Prüfung der Gründung einer kreiseigenen gemeinnützigen Wohnungs- und Wohnungsbaugesellschaft zur mittel- und langfristigen Sicherung von ausreichendem, preisgünstigem Wohnraum im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg wird beauftragt, die Gründung einer kreiseigenen gemeinnützigen Wohnungs- und Wohnungsbaugesellschaft (z.B. in Form einer GmbH oder Genossenschaft) zu prüfen. Weitergehend soll geprüft werden ob und unter welchen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen die Gründung einer kreisweiten sozialen Wohnungsbaugesellschaft für den Landkreis Darmstadt-Dieburg möglich und sinnvoll ist.

Ziel ist es, die angespannte Situation auf dem Markt für bezahlbaren Wohnraum zu entlasten und mittel- und langfristig ausreichend günstigen Wohnraum („Sozialwohnungen“) zur Verfügung zu stellen.

Die Prüfung soll sich an den Gegebenheiten unseres Kreises orientieren und folgende Punkte besonders berücksichtigen:

1. Welche Rechtsform sich für eine kreisweite Wohnungsbaugesellschaft am besten eignet (insbesondere GmbH, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), Eigenbetrieb oder andere geeignete Organisationsformen) und welche Vor- und Nachteile die jeweiligen Modelle hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Steuerung, Finanzierung und demokratischer Kontrolle aufweisen.
2. Welche Möglichkeiten einer Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bestehen und wie eine enge Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Kommunen organisatorisch ausgestaltet werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie auch kleinere Kommunen ohne eigene Wohnungsbaugesellschaft oder ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen von einer kreisweiten Gesellschaft profitieren und eigene Wohnungsbauprojekte gemeinsam mit dem Landkreis realisieren können. Welche Förderprogramme des Bundes, des Landes Hessen, der Europäischen Union sowie weiterer Förderinstitutionen für den Neubau, Erwerb, die Modernisierung oder den Erhalt von Sozialwohnungen und dauerhaft preisgebundenem Wohnraum genutzt werden können.
3. Welche Möglichkeiten bestehen, eine dauerhafte oder langfristige Sozialbindung der durch die Gesellschaft errichteten oder erworbenen Wohnungen sicherzustellen und welche rechtlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sein müssen.
4. Welche personellen und finanziellen Ressourcen für die Gründung und den Betrieb einer kreisweiten Wohnungsbaugesellschaft erforderlich wären.
5. Welche Erfahrungen andere Landkreise oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit vergleichbaren Modellen gemacht haben und welche Erkenntnisse daraus für den Landkreis Darmstadt-Dieburg gewonnen werden können.

Dem Kreistag ist über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

	☐	einstimmig
Zustimmung (Ja):	☐	
Ablehnung (Nein):	☐	
Enthaltung:	☐	

Detaillierergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
CDU	☐	☒	☐
SPD	☐	☒	☐
Grüne	☒	☐	☐
AfD	☐	☒	☐
FDP/FW	☐	☒	☐
Die Linke	☒	☐	☐
Volt und	☒	☐	☐
Tierschutzpartei			
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 0252-2026/DaDi

Betreff: **Hitzestress-Minderungsmaßnahmen im SENIO-Bereich – Antrag Fraktion FDP/FREIE WÄHLER**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreisbeigeordnete Sprößler regt an, die Thematik in der Verbandsversammlung des SENIO-Zweckverbandes zu beraten. Hiermit sollen die in der Sitzung des Kreistages am 14.09.2026 zu wählenden Vertreterinnen und Vertretern beauftragt werden.

Abg. Weber (FDP/FREIE WÄHLER) kündigt einen Änderungsantrag bis zur Sitzung des Kreistages am 14.09.2026 an.

Vorsitzende Roth stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung zum Antrag sowie zum Änderungsantrag unter Tagesordnungspunkt 4.3.1 herbeizuführen, da noch weiterer Beratungsbedarf besteht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in den SENIO-Einrichtungen darauf hinzuwirken, dass kurzfristig Abhilfe gegen Hitzestress in den Gebäuden geschaffen wird.

Dazu sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie

- Öffnung der Fenster von Wohn- und Gruppenräumen in den frühen Morgenstunden
- Technische Kühlung von Aufenthaltsräumen, die von besonders benachteiligten Personen der jeweiligen Einrichtung zumindest zeitweise genutzt werden können
- Abdunkelung besonders betroffener Fensterfronten durch Sonnensegel oder Jalousien
- Bereitstellung von Wasserautomaten

Beschluss zu TOP 4.3.1.

Vorlage-Nr.: 0283-2026/DaDi

Betreff: **Hitzestress-Minderungsmaßnahmen im SENIO-Bereich – Änderungsantrag Grüne**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Gebäudebestand im Senio-Bereich sowie im Bereich der Kreiskliniken dahingehend zu untersuchen, welche Maßnahmen zum Hitzeschutz mit geringem (Kosten-)Aufwand und zeitnah realisiert werden können.
2. Diese Maßnahmen sollen so weit als möglich vor Beginn des Sommers 2027 umgesetzt werden.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, nach sechs Monaten dem Kreistag einen Zwischenbericht zum Sachstand abzugeben.

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 0248-2026/DaDi

Betreff: **Unsere Schulen müssen Orte der Demokratie bleiben – Antrag Grüne**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreisbeigeordnete Spröbler berichtet über die Zuständigkeit des Landkreises Darmstadt-Dieburg als Schulträger und gibt zu Protokoll, dass an der Melibokusschule in Alsbach-Hähnlein ein Pilotprojekt für die Klassen fünf bis sieben zum Thema Demokratieförderung, Beteiligung und Extremismusprävention in Zusammenarbeit mit der Schulleitung, dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt und der Kinder- und Jugendförderung bzw. dem Jugendbildungswerk gestartet ist.

Abg. Grunwald (Grüne) schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Nach ausführlicher Diskussion schlägt **Vorsitzende Roth** vor, dass der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales keine Beschlussempfehlung herbeiführt und die weiteren Gremienberatungen abgewartet werden. Sie stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, Jugendbeteiligung durch Entwicklung verlässlicher Strukturen systematisch zu stärken, damit junge Menschen die Erfahrung machen können, dass ihre Stimme zählt. Ein besonderer Focus liegt dabei auf Kommunen ohne eigene Jugendförderung.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Jugendförderung, dem Büro des Kreistagvorsitzenden, dem Kreisschülerrat und dem Schulamt ein Konzept für ein Pilotprojekt zu erarbeiten mit dem Ziel, im Landkreis politische Entscheidungsprozesse für Schüler*innen in Schulen direkt erlebbar zu machen.
3. Der Kreisausschuss wird parallel dazu beauftragt zu prüfen, inwiefern das Beratungsangebot der DEXT-Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention im Landkreis ausgebaut werden kann, um organisierte Informationsveranstaltungen und Workshops an Schulen durchzuführen.
4. Ferner soll geprüft werden, wie Schulen und zivilgesellschaftliche Initiativen mit finanzieller und personeller Unterstützung durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg besser vernetzt werden können, um das Demokratieverständnis von jungen Menschen zu stärken.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 5.1.

Vorlage-Nr.: 0195-2026/DaDi

Betreff: **Quotenabrechnung für das 2. Quartal 2026 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 3. Quartal 2026**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Sprößler gibt das Anschreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt, die Quotenabrechnung zugewiesener Geflüchtete für das 2. Quartal 2026 sowie die Prognose der im 3. Quartal 2026 aufzunehmender Geflüchtete zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 5.2.

Vorlage-Nr.: 0238-2026/DaDi

Betreff: **Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten**

Beschluss: **zurückgestellt**

Auf Vorschlag der **Kreisbeigeordneten Spröbler** stellt **Vorsitzende Roth** das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, den Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 26.10.2026 aufzunehmen.

Frau Kreisbeigeordnete Spröbler gibt den Jahresbericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten für das Jahr 2025 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 5.3.

Vorlage-Nr.: 0266-2026/DaDi

Betreff: **Sachbericht des Pflegestützpunktes für das Jahr 2025**

Beschluss: **zurückgestellt**

Auf Vorschlag der **Kreisbeigeordneten Spröbler** stellt **Vorsitzende Roth** das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, den Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 26.10.2026 aufzunehmen.

Kreisbeigeordnete Spröbler informiert den Kreisausschuss über den Sachbericht des Pflegestützpunktes für das Jahr 2025.

Beschluss zu TOP 5.4.

Vorlage-Nr.: 0267-2026/DaDi

Betreff: **Bericht der Fachstelle Wohnbauförderung für das Jahr 2025**

Beschluss: **zurückgestellt**

Auf Vorschlag der **Kreisbeigeordneten Spröbler** stellt **Vorsitzende Roth** das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, den Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 26.10.2026 aufzunehmen.

Kreisbeigeordnete Spröbler informiert den Kreisausschuss über den Bericht der Fachstelle Wohnbauförderung für das Jahr 2025.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Auf Nachfrage der **Abg. Schlipf-Traup** (Grüne) teilt **Kreisbeigeordnete Spröbler** mit, dass der Satzungsentwurf zur Förderung der Kindertagespflege in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses aufgerufen und beraten werden soll. Zum Satzungsentwurf haben bereits Gespräche mit den Tagespflegepersonen stattgefunden.

Weitere Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Vorsitzende Roth schließt die Sitzung um 16:27 Uhr.

- - -
Ende der Niederschrift
- - -

Darmstadt, den 4. September 2026

Für die Ausfertigung

gez. Stephanie Roth
Stephanie Roth
Vorsitzende

gez. Steffen Petry
Steffen Petry
Schriftführer